



Datenschutzinformationen

Nachfolgend möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim Kassen- und Steueramt und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte informieren. Diese Information bezieht sich auf die Beantragung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung beim Kassen- und Steueramt, wenn Ihr Antrag nicht in elektronischer Form, sondern zum Beispiel per Brief oder durch persönliche Vorsprache in unseren Amtsräumen gestellt wurde. Für den Antrag in elektronischer Form auf dieser website haben wir eine gesonderte Datenschutzinformation bereitgestellt.

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die:

Landeshauptstadt Wiesbaden - Der Magistrat
Kassen- und Steueramt
Hasengartenstraße 25
65189 Wiesbaden
Tel.: 0611-31 3270
E-Mail: kassen-und-steueramt@wiesbaden.de

II. Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden
Wilhelmstraße 32
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/31-3091
E-Mail: datenschutz@wiesbaden.de

III. Allgemeines zur Datenverarbeitung

1. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Gespeichert werden folgende personenbezogene Daten:
Name, Anschrift, Geburtsdatum und Kontaktdaten, letzte Meldeadresse in Wiesbaden.
Die Speicherung erfolgt in Papierform.

Zweck der Speicherung:

Zweck der Datenverarbeitung ist die Beantragung und Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach der Gewerbeordnung, dem Gaststättengesetz, zur Vorlage beim Regierungspräsidium oder die für die Erteilung öffentlicher Aufträge erforderlich ist. Die Bescheinigung wird erteilt, wenn die antragstellende Person ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden nachgekommen ist. Ihre uns übermittelten Daten werden für die Bearbeitung des Vorgangs verwendet. Sie sind nur für die mit der Vorgangsbearbeitung betrauten Personen einsehbar. Erhoben werden ausschließlich Daten, die für die Erreichung des Zwecks erforderlich sind. Die Daten werden nicht für andere Zwecke als die oben genannten verwendet.

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 (1) e DSGVO i. V. m. § 3 HDSIG i. V. m. § 30 AO.

3. Datenlöschung und Speicherdauer

Ihre personenbezogenen Daten werden vernichtet, sobald der Zweck der Speicherung entfällt, spätestens zwei Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Bescheinigung erteilt wurde. Eine Speicherung kann jedoch darüber hinaus im Falle einer (drohenden) Rechtsstreitigkeit mit Ihnen oder eines sonstigen rechtlichen Verfahrens erfolgen oder wenn die Speicherung durch gesetzliche Vorschriften, denen wir als Verantwortlicher unterliegen vorgesehen ist.

4. Empfänger der Daten

Die von uns gespeicherten Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.

5. Übermittlung der Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Datenübermittlung an Stellen in Drittländern oder an internationale Organisationen findet nicht statt.

IV. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. DS-GVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

1. Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft gem. Art. 15 DS-GVO über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftsrecht durch die Vorschriften der §§ 24 Abs. 2, 25 Abs. 2, 26 Abs. 2 und 33 HDSIG eingeschränkt wird.

2. Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie nach Art. 16 DS-GVO eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

3. Recht auf Löschung

Sie können unter den Bedingungen des Art. 17 DS-GVO und des § 34 HDSIG die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben im Rahmen der Vorgaben des Art. 18 DS-GVO das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

5. Recht auf Widerspruch

Sie haben nach Art. 21 DS-GVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht immer nachkommen, z. B. wenn uns im Sinne von § 35 HDSIG im Rahmen unserer amtlichen Aufgabenerfüllung eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

6. Recht auf Widerruf der erteilten Einwilligung

Beruhet die Datenverarbeitung auf Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Ubs. 1 a DS-GVO, Art. 9 Abs. 2 a DS-GVO), haben Sie das Recht, diese Einwilligung jederzeit für die Zukunft zu widerrufen. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung unberührt lässt, diese wird also durch den Widerruf nicht nachträglich rechtswidrig.

7. Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde an die Datenschutzaufsichtsbehörde nach Art. 77 DS-GVO wenden.

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Gustav-Stresemann-Ring 1

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 1408-0

E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de